

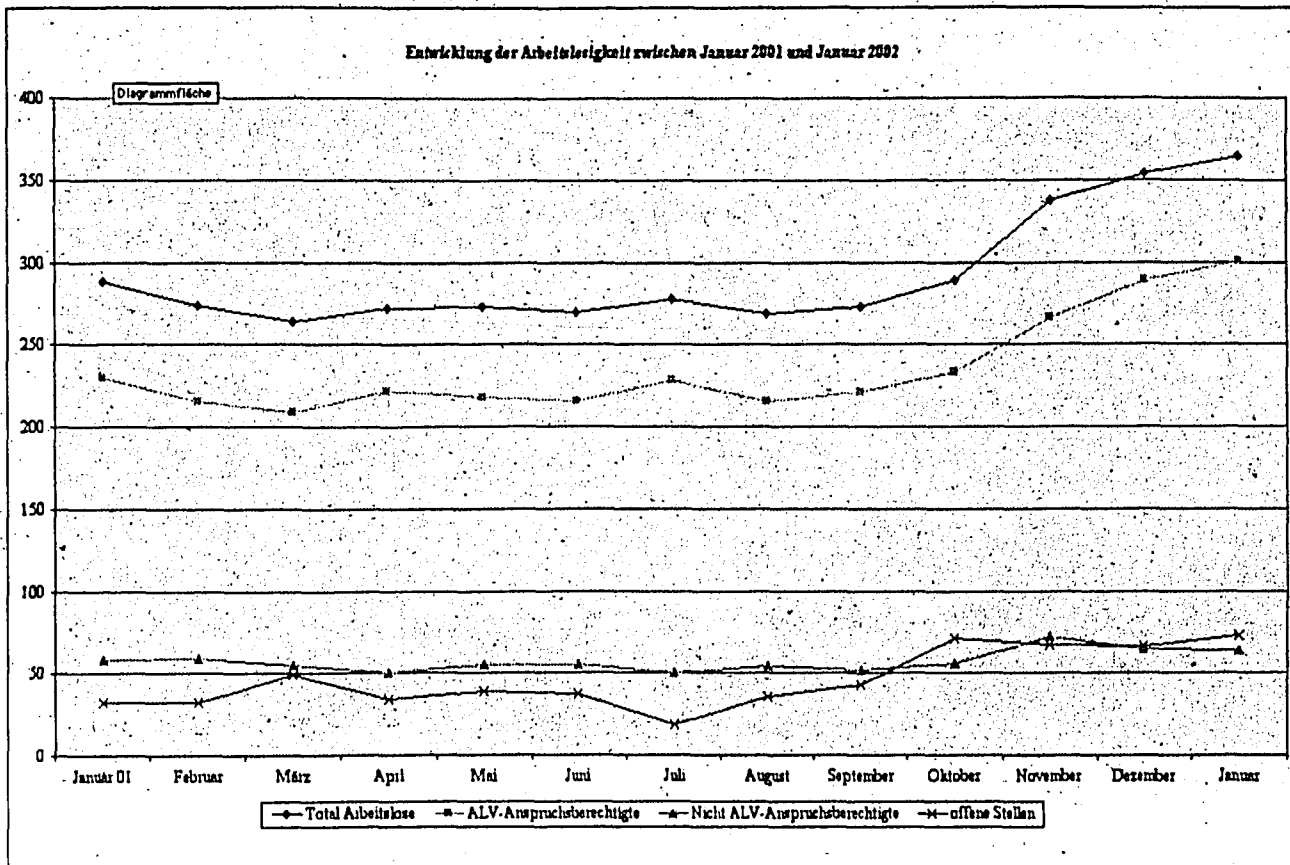
Arbeitslosenquote im Januar bei 1,3 Prozent

Anstieg um zehn Menschen - 73 offene Stellen gemeldet

Trotz Anstiegs der arbeitslos gemeldeten Personen um 10 Personen gegenüber dem Vormonat bleibt die Arbeitslosenquote gleich. Die Anzahl arbeitslos gemeldeter Personen zeigt seit September 2001 eine steigende Tendenz. Die Zahl der insgesamt stellensuchenden Personen hat im Januar um fünf Personen abgenommen.

50 (54) Personen wurden im Januar neu oder wieder als arbeitslos registriert. 53 (38) Personen konnten aus der Statistik genommen werden. 42 (23) von ihnen haben eine neue Stelle angetreten. Die restlichen 11 (15) Ausstritte wurden infolge Auslandsaufenthalt, Ausbildung, längerer Krankheit, Verzicht, Pensionierung und Aufnahme einer selbstständigen Erwerbstätigkeit verzeichnet. Insgesamt wurden im Monat Januar 124 Zu- und Abgänge bei den stellensuchenden Personen verzeichnet.

Vergleich mit der Januar-Statistik der Jahre 2000 und 2001
Der Vergleich mit den Januar-Er-



gebnissen der beiden Vorjahre zeigt, dass bei den Arbeitslosenzahlen eine Zunahme um 76 Personen gegenüber Januar 2001 zu verzeichnen ist und auch gegenüber Januar 2000 eine Zunahme um 60 Personen erfolgte. Bei

den Arbeitslosenversicherungs-Anspruchsberechtigten ist ebenfalls eine starke Zunahme um 70 Personen gegenüber Januar 2001 beziehungsweise um 72 Personen gegenüber Januar 2000 zu verzeichnen. Die Arbeitslosenquote ging von 1,2 Prozent im Januar 2000 auf 1,1 Prozent im Januar 2001 zurück und stieg nun wieder an auf aktuell 1,3 Prozent im Januar 2002.

73 offene Stellen

Per Ende Januar 2002 waren beim Amt für Volkswirtschaft 73 offene Stellen gemeldet, gegenüber 66 per Ende Dezember. Im Temporärbereich sind zur Zeit keine offenen Stellen zu verzeichnen.

Bei den Berufspraktika konnten im Berichtsmonat zwei Abgänge registriert werden.

Das Amt für Volkswirtschaft ersucht die Arbeitgeber, offene Stellen für Fachpersonal wie für Hilfskräfte der Arbeitsvermittlung zu melden. Entsprechende Formulare (E-Mail-Datei oder Fax-Vorlage) können unter E-Mail Stellenmeldung@avw.llv.li oder Telefon 236 68 85 kostenlos angefordert werden. (paf)

Hilti Logistikzentrum Nendeln: Verkehrsplanung berücksichtigt

Forum: Stellungnahme der Hilti AG zu Pressemitteilung der Freien Liste

Mit dem Ziel, die optimale logistische Basis für das mittel- und langfristige Wachstum von Hilti zu schaffen, plant die Hilti Gruppe auf ihrem Gelände in Nendeln den Bau eines Logistikzentrums.

Es soll der direkten Versorgung der weltweiten Marktorganisationen sowie der Endkunden in der Schweiz dienen. Hilti steht im Rahmen der Planung in engem Kontakt mit der Regierung des Fürstentums Liechtenstein sowie den zuständigen Gemeindebehörden von Eschen/Nendeln und Mauren. Wir haben daher heute mit Erstaunen von der Pressemitteilung der Freien Liste Kenntnis genommen, die einige Fakten

missverständlich bzw. falsch wiedergibt.

Die Planung des Logistikzentrums Nendeln wurde immer auch von verkehrstechnischen Überlegungen getrieben.

Es liegt der Hilti Gruppe deshalb daran, zu einigen wesentlichen Punkten der Pressemitteilung Stellung zu nehmen:

1. Ein Hauptziel des Logistikzentrums ist es, die logistischen Aktivitäten möglichst nahe bei den Produktionswerken in Schaan und Mauren zusammenzufassen. Hierdurch können die LKWs erheblich besser genutzt und Transportwege reduziert werden. Ohne das Logistikzentrum wird der LKW-

Verkehr deutlich stärker steigen.

2. Speziell herauszuheben ist, dass der Bau des Logistikzentrums den Verkehr zu und ab dem Werk Mauren um mehr als 50 Prozent reduziert.

Forum

Unter der Rubrik «Forum» veröffentlichen wir Zuschriften und Beiträge von Verbänden, Vereinen, Aktionen und Institutionen. Das «Forum» drückt aus, dass die in den Beiträgen geäußerten Meinungen nicht mit der Haltung der Zeitung übereinstimmen müssen.

3. Hilti ist mit den zuständigen Behörden im Gespräch über Sonderregelungen zur Ausdehnung der Abfertigungszeiten am Zollamt Schaanwald und zur Aufrechterhaltung des Betriebes an Feiertagen. Hilti schätzt im Falle einer Sondergenehmigung die Zahl der vor 7.30 und nach 18 Uhr abzufertigenden LKWs im Jahr 2010 auf maximal 10 pro Tag.

Ohne Sonderregelung müsste dieser Verkehr mit Kleintransportern abgewickelt werden, die das Verkehrsaufkommen deutlich erhöhen. Hilti verpflichtet sich zudem, den Feiertagsbetrieb auf einem absoluten Minimum zu halten

4. Hilti hat einen Umstieg auf die

Bahn sorgfältig geprüft. Die Bahn kann aber insbesondere den Transport zu den Kunden zur Zeit nicht anbieten. Hilti schliesst aber einen Umstieg bei einem verbesserten Bahnangebot in Zukunft nicht aus.

Die Hilti Gruppe will auch in Zukunft einen hervorragenden Kundenservice bieten und auf dieser Basis weiter wachsen. Dieses Wachstum benötigt eine leistungsfähige logistische Basis.

Hilti hat diese Basis in Nendeln gefunden und wird dort zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Damit gibt die Gruppe ein deutliches Bekenntnis zum Standort Fürstentum Liechtenstein ab. Hilti AG

Verkehr: Das Amt für Umweltschutz erachtet das Volksbegehren als sehr notwendig

Forum: Beitrag des Initiativkomitees «Verkehrspolitik mit Zukunft»

Die Stellungnahme des Amtes für Umweltschutz zur Verkehrsinitiative wurde in der Regierungsbroschüre zur Abstimmung nicht berücksichtigt und bis heute auch nicht in den Landeszeitungen abgedruckt. Damit eine ausgewogene Berichterstattung gewährleistet ist und nachdem die Amtsleiter Johann Ott und Felix Näscher ausführlich zu Wort gekommen sind, veröffentlicht das Initiativkomitee «Verkehrspolitik mit Zukunft» die Stellungnahme des Amtes für Umweltschutz.

Das Amt für Umweltschutz ist der Ansicht, dass eine nachhaltige Verkehrspolitik, wie die Volksinitiative es vorschlägt, Rücksicht auf die knappen Bodenressourcen unseres Landes nimmt, unseren Lebensraum und unsere Gesundheit schützt und sich mit der laufenden Raum- und Landesplanung von Regierung und Gemeinden deckt. Nachstehend die Stellungnahme des Amtes für Umweltschutz zum Initiativbegehren über die Abänderung von Art. 20 der Landesverfassung (Verkehr):

Die Initiative fordert eine Ergänzung von Art. 20 der Verfassung (Verkehr) betreffend der «Aufgaben des Staates». Das Amt für Umweltschutz erachtet das Volksbegehren als sehr notwendig. Im Folgenden wird für die Zuständigkeitsbereiche des Amtes für Umwelt-

schutz diese Notwendigkeit grob umrissen.

Der Verkehr ist mit ein Hauptverursacher der bestehenden Luftverschmutzung und dem klimarelevanten CO₂-Ausstoss in Liechtenstein

Abgase verschmutzen die Luft mit lungengängigen Staubpartikeln (PM10), Kohlenmonoxid, Stickoxiden und flüchtigen organischen Stoffen. Die letzten zwei Stoffgruppen sind zudem Vorläufersubstanzen des bodennahen Ozons. All dies schadet unserer Gesundheit und belastet die Umwelt.

An der UNO-Weltkonferenz für nachhaltige Entwicklung in Rio de Janeiro (1992) unterzeichnete Liechtenstein die Klimarahmenkonvention. Diese wurde durch eine freiwillige Selbstverpflichtung ergänzt, die von Liechtenstein zusammen mit Öster-

Forum

Unter der Rubrik «Forum» veröffentlichen wir Zuschriften und Beiträge von Verbänden, Vereinen, Aktionen und Institutionen. Das «Forum» drückt aus, dass die in den Beiträgen geäußerten Meinungen nicht mit der Haltung der Zeitung übereinstimmen müssen.

reich und der Schweiz und parallel zur Erklärung der EU beschlossen wurde. Die Selbstverpflichtung legt fest, dass die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2000 auf den Stand von 1990 reduziert werden. Dieses Ziel konnte nicht erreicht werden. Insbesondere wegen dem stark gestiegenen Verkehr.

Der Verkehr ist Hauptverursacher der bestehenden Lärmbelastung in Liechtenstein

Die ständig zunehmende Lärmbelastung gefährdet die Gesundheit der Bevölkerung. Eine nachhaltige Entwicklung des Verkehrs erzielt somit auch eine erhöhte Lebensqualität in Liechtenstein.

Bodenverlust

Die in Liechtenstein ohnehin knappen Bodenressourcen können nur durch eine nachhaltige Entwicklung geschützt werden. Strassennetzerweiterungen stellen eine Gefährdung dieser in Liechtenstein knappsten Umweltressource dar und sind deshalb grundsätzlich zu hinterfragen.

Risiko

Folge einer nicht nachhaltigen Verkehrspolitik ist eine steigende Anzahl an Fahrzeugen (Personen- und Warentransporte wie auch Transporte gefährlicher Güter) auf den Strassen, in den Dörfern

und an deren Randgebieten. Dies hat ein nicht zu unterschätzendes Sicherheitsrisiko für Mensch, Tier, Pflanzen, Wasser, Boden und Luft zur Folge.

Energieverbrauch

Die Gewinnung, Transport, Lagerung und Verbrauch von Energieträgern ist mit immensen Belastungen für die Umwelt und damit auch für Mensch und Tier verbunden. Im Abschnitt Eins «Sozial- und Wirtschaftsfragen» weist auch die Agenda 21 (Rio, 1992) auf den immensen Energieverbrauch durch den Verkehr hin. Die Agenda 21 beschreibt, dass in einer nachhaltigen, menschlichen Siedlungsform die Verkehrsstrategien auf einen geringeren Bedarf an Motorfahrzeugen hinarbeiten, indem gut besetzte öffentliche Verkehrsmittel sowie sichere Rad- und Fusswege gefördert werden. Strassennetzerweiterungen würden diesen Forderungen klar widersprechen.

Raum- und Landesplanung

Das Initiativbegehren deckt sich mit den bisher vorliegenden Grundsätzen der gegenwärtig laufenden Raum- und Landesplanung von Regierung und Gemeinden. *Initiativkomitee «Verkehrspolitik mit Zukunft»:* Martin Batliner, Dorothee Latenser, Egon Matt, Helmuth Müssner, Adolf Ritter, Georg Schierscher, Peter Sprenger

Sterben und Tod im Klassenzimmer

SCHAAN: Speziell für Eltern und Pädagog/-innen veranstaltet die Erwachsenenbildung Stein-Egerta in Zusammenarbeit mit der Hospizbewegung Liechtenstein an zwei Samstagen (9. März 2002 und 15. Juni 2002, jeweils 9 bis 17 Uhr) im Haus Stein-Egerta in Schaan ein Seminar zum Thema «Sterben und Tod im Klassenzimmer: Wie mit Kindern über den Tod reden». Leitung: Christa Quaderer und Franz-Josef Jehle.

Als Eltern oder BerufspädagogInnen treffen uns Todesfälle bei Kindern oder deren Angehörigen meist unerbittlich hart.

Nach der ersten Betroffenheit und dem «Warum?» stehen viele heikle Fragen an: Wie soll ich reagieren? Wie kann ich das Thema einbringen? Soll ich es überhaupt thematisieren? Was kann ich den Kindern zumuten? Wo kann ich welche Hilfe holen?

Christa Quaderer aus Vaduz ist Geschäftsführerin der Krebshilfe Liechtenstein und hat u.a. eine Ausbildung in Sterbebegleitung und Trauerarbeit absolviert.

Franz-Josef Jehle ist Studienleiter der Erwachsenenbildner Stein-Egerta, Präsident der Hospizbewegung Liechtenstein, Seminar- und Gesprächsleiter für Sterbebegleitung und Trauerarbeit.

Weitere Auskünfte und Anmeldungen bei der Erwachsenenbildung Stein-Egerta, 9494 Schaan, Telefon 232 48 22, oder e-mail: info@stein-egerta.li. (Eing.)